

# Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Verleger: **Waldemar Dresden.**  
Herausgeber: **Waldemar Dresden.**  
Kurs für Abnehmer: 20011.

**Bezugs-Gebühr** in Dresden und Orten bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 14.— M., vierteljährlich 42.— M., durch die Post bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 12,50 M., vierteljährlich 37,50 M.  
**Anzeigen-Preise.** Die einseitige 37 mm breite Zeile 4.— M. auf Familienanzeigen, Anzeigen unter 10 Zeilen u. Wohnungsanzeigen, 10seitige Anz. u. Verträge 25.— M. Tagesanzeigen laut Tarif. Unumworfene Aufsätze gegen Übernahme. Einzelnnummer 70 Pf.

**Schriftleitung und Anzeigenverwaltung:**  
Morgenstraße 38/40.  
Druck u. Verlag von **Waldemar Dresden.**  
Verlags-Konto 1088 Dresden.

Nachdruck nur mit bewilligter Genehmigung („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unersuchte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

**Hast Du Augengläser nötig, gehe zu Gebrüder Roetzig, Dresden=U. Prager Straße 23**

## Braun über die Fälschung der Saaradresse.

**Das Saarland will deutsch bleiben.**  
Berlin, 23. Jan. Der Preussische Landtag besprach heute einmütig grober Antrag  
**die Fälschung der Adresse an den Präsidenten der französischen Republik.**

In der die Vereinigung des Saarlandes mit Frankreich und die Einführung der Frankennährung im Saargebiet verlangt wird. Ministerpräsident Braun erklärte nach einem von Lardien veröffentlichten Buch hat Clemenceau bei der Friedenskonferenz gegenüber Wilson und Lloyd George zur Unterstützung der Ansprüche Frankreichs aus das Saargebiet gelangt.

Es gibt in der Gegend dort wenigstens 150 000 Menschen, die französisch sind. Auch diese Menschen, die im Jahre 1918 Adressen an den Präsidenten Poincaré geschickt haben, haben für sich Anspruch auf Gerechtigkeit.  
Diese Worte mußten den Eindruck erwecken, als hätten 150 000 Einwohner des Saargebietes ihre Zugehörigkeit zu Frankreich zum Ausdruck gebracht. Demgegenüber muß mit aller Bestimmtheit festgestellt werden, daß es im Saargebiet mit seiner ferndeutschen Bevölkerung einen auch nur irgendwie ins Gewicht fallenden Bruchteil seiner angeblichen 150 000 Franzosenfreunde weder damals gegeben habe, noch heute gibt. Die treue Bevölkerung des Saarlandes hat gerade in jener kritischen Zeit trotz der französischen Propaganda die unabweislichen Beweise ihres unerschütterlichen Willens gegeben, ungeachtet aller Not, mit dem deutschen Vaterlande vereint zu bleiben. Von einer mit einer derartigen Unterschätzung versehenen Adresse kann nicht die Rede sein. Eine solche Adresse ist auch nicht vorhanden. Es ist möglich, daß Unterschritten mit Wünschen zur Erlangung billigerer Lebensmittel aus französischen Meeresbeständen mißbraucht worden sind. Das sind aber nur Vermutungen.

**Waldemar wandte sich dann gegen die Maßnahmen der Regierungskommission im Saargebiet.** Bei allen diesen Maßnahmen seien die Wünsche der Kommission hervorzuheben, das Saargebiet aus seinen engen politischen und wirtschaftlichen Zusammenhängen mit Deutschland zu lösen und Frankreich durch Einräumung von weit über den Vertrag hinausgehenden Rechten die Möglichkeit der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Durchdringung des Saarland-Gebietes zu geben. Die Erhebung aller Gebühren im Eisenbahn-, Post- und Telegraphenverkehr in Fronten, die von der Regierungskommission angeordnet ist, ist nach deutscher Auffassung eine glatte Verletzung des Friedensvertrages.

Die deutsche Regierung hat Einspruch erhoben und die Aufhebung verlangt. Die heute zur Erörterung stehenden Anträge, schloß der Minister, bezwecken, daß auch das preussische Parlament und die preussische Regierung mit allen Kräften befehrt sind, zu verhindern, daß aus diesem unbedeutenden Lande ein weiteres Oberstücken oder gar eine französische Kolonie werde. Daß es nicht nur Worte sind, sondern daß wir es durch die Tat beweisen wollen, hat die preussische Regierung dadurch angedeutet, daß sie bei dem durchführbaren Umstand in Saarweilungen nach Kräften sich bemüht hat, die Not der Bevölkerung zu lindern. Auch an der Saar möge man sich vor Augen halten, daß es der preussischen Regierung nicht in dem erwünschten Maße möglich ist, Hausirer zu zuzulassen und so teuren Landbesitz einzutreiben, daß aber Politik und Regierung die Stunde der Wiedererinnung herbeiführen, wo es möglich ist, Treue mit Treue zu vergelten. (Lebhafter Beifall.)

## Die Trauerfeierlichkeiten in Rom.

Rom, 23. Jan. Die Leiche des Papstes wurde 10 Uhr vom Thronsaal des Vatikans nach der Sakramentskapelle der Peters-Kathedrale zur öffentlichen Aufbahrung übergeführt. Die Kardinal- und Prälaten, das diplomatische Korps, die päpstlichen Hofchargen und die päpstliche Leibwache bildeten das Gefolge. Große Volksmassen strömten nach der Peters-Kathedrale. (W. T. B.)

## Die Reise der deutschen Kardinal- zur Papstwahl

München, 23. Jan. Der Kardinalerzbischof Schuler in Köln und Kardinalerzbischof Vertram in Breslau reisen dieser Tage von München aus mit dem Kardinalerzbischof v. Faulhaber zur Papstwahl nach Rom. Der Runtius-Papstwahl ist wegen der Verhandlungen über das neue bayerische Konkordat unabhkömmlich und verbleibt in München. Eine besondere Aufforderung, zur Papstwahl nach Rom zu kommen, erhalten die Kardinalen nicht. Die telegraphische Anzeige des Kardinalstaatssekretärs vom Ableben des Papstes ist zugleich die Weisung an die Kardinalen zur Papstwahl nach Rom zu kommen.

## Ein Hirtenbrief des Kölner Erzbischofs.

Köln, 23. Jan. Kardinal Dr. Schuler erließ anlässlich des Hinscheidens des Papstes einen Hirtenbrief, in dem es u. a. heißt: Tief ergriffen vernimmt in allen Erdteilen die gefamte Welt die Trauerbotschaft. Die Weltgeschichte wird für immer den Heimgegangenen unter die größten Wohltäter der in tiefster Not und Bedrängnis leuzenden Menschheit einzurücken haben. Seine den Welt Christi amenden Arbeiten und Anstrengungen um den Völkervereinen der Verböhnung und Gerechtigkeit, seine auf immer neue Hilfswege findende ersinderliche Liebe zu den bedrängten Opfern des Krieges, zu den wehrlosen Wesen und Vermitteln, zu den weinenden Witwen und Waisen, seine in unablässiger Vaterforge fortgesetzte Unterstützung der Kriegsbeschädigten, vor allem der hungernden und weidenden Kinder, lassen den Papst in hochwürdigem Sinne als Segensbringer erscheinen.

## Die Aussichten des Steuerkompromisses.

(Drahtmeldung unserer Berliner Korrespondenz.)  
Berlin, 23. Jan. In der Reichstagskammer fanden heute abend interfraktionelle Besprechungen über die Steuerfrage statt, an denen Vertreter des Zentrums, der Sozialdemokratie, der Demokraten und der Deutschen Volkspartei teilnahmen. Ueber die Aussichten des Steuerkompromisses sind die Meinungen geteilt. Zwischen Zentrum und Sozialdemokratie bestehen Meinungsverschiedenheiten über die Höhe der Umsatzsteuer und der Kohlensteuer, sowie über die Form der Zwangsanleihe. Die Hauptfrage aber ist: Woher soll die Mehrheit gewonnen werden? Das Zentrum möchte das Kompromiß mit Hilfe der bürgerlichen Parteien ausführen. Da hört wieder die Frage der Zwangsanleihe. Optimisten glauben jedoch, daß selbst die Frage der Zwangsanleihe die Demokraten und die Deutsche Volkspartei nicht davon abhalten würden, für das Steuerkompromiß zu stimmen, wenn sie die Gewissheit hätten, bei der Durchführung der Steuerreform und bei der Führung der Außenpolitik ein Mitbestimmungsrecht zu erhalten. Auf der anderen Seite fehlt es nicht an Stimmen, die der Ueberzeugung Ausdruck geben, daß das Steuerkompromiß scheitern werde. Wahgebend hierfür sei die Tatsache, daß die Mehrheitssozialdemokratie, die in den letzten Tagen einer Verhandlung mit Zentrum und Demokraten nicht abgeneigt schien, wieder mehr nach links steuert und unter dem Einfluß der unabhängigen kategorischen Forderungen sowohl hinsichtlich der Zwangsanleihe, wie auch der Erhaltung der Goldwertes aufsteht, die für die bürgerlichen Parteien unannehmbar sein dürften. Die Haltung der Mehrheitssozialdemokratie wird aus der Befürchtung erklärt, daß eine Annäherung von ihrer Seite an die bürgerlichen Parteien gerade in der Frage des Steuerkompromisses ein Abstimmen der Arbeitermassen zu den Unabhängigen zur Folge haben könnte.

Reichstagspräsident Vöbe hatte in seiner Rede ausgedrückt, daß das Scheitern des Steuerkompromisses auch den Sturz des Kabinetts Birch zur Folge haben würde. Daran wird nicht gezweifelt. Die von Vöbe geäußerte Vermutung, daß das Kabinett Birch durch ein Reichskabinet Stresemann oder Besserich abgelöst werden könnte, wird aber als unzutreffend bezeichnet. Man sei sowohl in den Kreisen des Zentrums wie der anderen bürgerlichen Parteien der Meinung, daß ein rein sozialistisches Kabinett in Frage kommen würde, da es ein Gebot der Billigkeit sei, daß die Sozialdemokratie, nachdem sie die Einigungsversuche der bürgerlichen Parteien in der Frage des Steuerkompromisses abgelehnt hat, nunmehr auch allein die Verantwortung für die sich ergebenden Konsequenzen tragen müsse.

Berlin 23. Jan. In der für morgen vorgesehene Rede des Reichskanzlers im Reichstage über die politische Lage, die nach anderen Meinungen verhandelt worden sein sollte, wird angegeben, daß an dem ursprünglichen Plan nichts geändert sei. Der Reichskanzler dürfte also, wenn die heutigen interfraktionellen Besprechungen den gewünschten Verlauf nehmen, morgen seine Erklärungen abgeben.

## Die Stellung des Londoner Kabinetts zum englisch-französischen Abkommen.

Paris, 23. Jan. Davos verbreitet ein Telegramm aus London, wonach in amtlichen Kreisen der Wunsch zu bestehen scheint, in kürzester Frist die Absichten der französischen Regierung in den gegenwärtig der Prüfung beider Regierungen unterliegenden Fragen kennen zu lernen. Es besteht Grund zu der Annahme, daß das Londoner Kabinett entschlossen sei, zu dem englisch-französischen Abkommen folgendermaßen Stellung zu nehmen:

Die englische Regierung würde sich damit einverstanden erklären, die Dauer des Abkommens zu verlängern und sie möglicherweise auf 10 Jahre zu setzen, obwohl sie diesen Zeitraum für zu ausgedehnt halte. Sie würde sich weiter bereit finden, dem Abkommen genealogische Wirkung zu geben, obwohl sie dies nicht als verbindliche Nebenbedingung ansieht. Eine Militärkonvention würde sie ablehnen, ebenso die Ausdehnung des Abkommens auf einen gegen Polen gerichteten Angriff.

Am Dienstag und Mittwoch sollten im Foreign Office die Verhandlungen zwischen Lord Curzon und dem französischen Volschaffer aufgenommen werden.

## „Amerika soll helfen“.

Paris, 23. Jan. Der „Tempo“ schreibt in einem Artikel nach einer Uebersicht über die Einwirkung der War-Politik auf die deutsche Finanzlage: Man müsse dahin kommen, daß die Mark nicht mehr sinkt. Selbst wenn Frankreich die Darlehenszahlungen völlig unterdrücke, selbst wenn man die Zahlleistungen auf 1 Milliarde Mark jährlich reduzierte, hätte man das Notlage noch nicht getan. Das Defizit würde immer noch fehlen. Um die Zahlleistungen zu bewerkstelligen, müsse Deutschland die deutschen Produkte bezahlen. Der „Tempo“ sieht die Lösung der Frage nur in der Möglichkeit einer auswärtigen Anleihe für Deutschland, sei es auch nur, um die Zahlleistungen zu finanzieren. Dazu seien aber internationale Kreditoperationen nötig. Auf diesem Wege kommt der „Tempo“ wieder zu seiner Forderung, Amerika möge helfend eingreifen. Er ist der Ansicht, daß diese Frage die Konferenz von Genue beherrschen werde, wie man sich auch dazu helfen möge.

## Graf Sforza, Volschaffer in Paris.

Rom, 23. Jan. (Agenzia Stefani.) Graf Bonin-Pangore, der italienische Volschaffer in Paris, wurde auf sein Ersuchen vom Ministerium des Auswärtigen zur Disposition gestellt und dafür Graf Sforza zum Volschaffer in Paris ernannt. (W. T. B.)

## Das Weltfriedensprogramm Lloyd Georges.

Lloyd Georges Rede auf der Konferenz der englischen Liberalen hat eine doppelte Bedeutung. Sie ist die Programmrede des soeben einstimmig zum Führer des englischen Liberalismus erkorenen Premierministers und zugleich die Antwort auf die Regierungserklärung Poincarés, erfordert also eine Beurteilung, die die innerenglischen und die außenpolitischen Verhältnisse in gleicher Weise berücksichtigt. Nach seiner Rückkehr von der erfolglosen Konferenz von Genue hatte der englische Ministerpräsident keineswegs die ungeteilte Anerkennung der Parteien gefunden, die ihm kurz zuvor der irische Sieg eingebracht hatte. Seine unionistischen Gegner benutzten die Gelegenheit des öffentlichen Vorschlags, ihm mit auffallender Schärfe erneut auf den Leib zu rücken. Sie versuchten in ihren Blättern, zwischen ihm und die Mitglieder seines Kabinetts einen Riß zu treiben, dadurch, daß sie behaupteten, es herrsche die gewisse englischen Ministern die Ansicht vor, daß das Prestige der britischen Regierung unter den häufigen Reisen des Regierungsoberhauptes leide und daß eine etwa gelegentlich der Konferenz von Genue im März erfolgende neuerliche Reise Lloyd Georges der Anlaß zu ernstlichen Differenzen innerhalb der Koalition, ja vielleicht der Anlaß zum Sturz der Regierung sein würde. Man ging sogar noch weiter. Die „Daily Mail“ erörterte offen den Gedanken, daß die unionistische Partei mit ihren 340 Vertretern im Unterhause leicht in der Lage sein werde, vermöge ihrer Parlamentsmehrheit Lloyd George zu stürzen; ihre Stellung sei also jeden Augenblick als gefährdet anzusehen. Und schon nannte man in unionistischen Kreisen Chamberlain als den Mann der Zukunft. Diezen unangenehmen Quertreibereien, die angeht der zwar noch nicht ausgeschrieben, aber doch früher oder später einmal notwendigen Neuwahlen leicht verhängnisvoll werden könnten, mußte Lloyd George begegnen. Er wurde dieser Aufgabe am besten gerecht, wenn er in aller Offenheit direkt oder indirekt darauf hinwies, daß die wichtigsten Interessen des Landes auf dem Gebiete der äußeren Politik liegen und über den innerpolitischen Parteihader hinwegzugesehen haben, und wenn er den Beweis führte, daß die von ihm angewandte Methode zur Verteidigung der englischen Interessen die einzig richtige und die einzig mögliche ist. Dieser Verteidigung seiner Politik hat er sich mit großem taktischen Geschick in der erwähnten Rede vor den englischen Liberalen in Westminster unterzogen und dabei zugleich die verheerenden Angriffe der Poincaréschen Regierungserklärung zurückgewiesen. Auf der Basis, von der aus er den inneren wie den äußeren Gegner bekämpfte, stand dabei das eine große Wort geflügelt: der Weltfriede. Beide, die inneren und äußeren Widerlächer Lloyd Georges, zu denen natürlich neben den Unionisten die augenblicklich weniger mißsprechenden Vertreter der Labour Party zählen, und Poincaré haben in der Weltfriedensfrage ihre verwundbare Stelle. Sie alle wollen angeblich den Weltfrieden; in aller Glaubensbekanntnis lehrt wenigstens das Wort Weltfrieden wieder. Die Labour Party will den Frieden der Internationale, die Unionisten wünschen den der ausgeprägten englischen Weltbeherrschung, Poincaré versteht unter Weltfrieden die uneingeschränkte Entwicklung der französischen Machtverhältnisse.

Und mit ganz außergewöhnlichem Geschick braute Lloyd George in Westminster aus Konzeptionen an diese gegnerischen Weltfriedensüberzeugungen einen Weltfriedensbegriff zurecht, der den eigenen Standpunkt nicht vernachlässigt und den Gegnern zum mindesten zu denken geben wird. Englands Handel soll auf dem Wege der Wiederherstellung des internationalen Vertrauens wieder belebt werden; das ist die Grundvoraussetzung des Lloyd Georgeschen Friedensbegriffs, es ist das Jugendsündnis an jeden Engländer überhaupt gleichviel welcher Parteizugehörigkeit, es ist die einlaute und drückende feste Rückstütze der gesamten Weltpolitik des englischen Premiers. Deutschland hat den Kriegsschaden mutwillig angerichtet; es soll und kann bezahlen. Das ist ein Weltfriedensvoraussetzung, die Lloyd George um Frankreichs willen seinem Friedensbegriff einverleibt. „Der Friede muß auf einer festen Grundlage guten Einvernehmens unter allen Völkern gegründet sein.“ In diesem Gedanken äußert sich die Konzeption an den englischen Liberalismus und an die englischen Arbeiterparteien.

Es ist natürlich leichter, einen solchen Weltfriedensbegriff aus vorhandenen Behauptungen und Wünschen abzuleiten und jeder einzelnen Maßnahme gewissermaßen einen Brocken hinzumerken, als die Maßnahmen anzugeben, mit deren Hilfe dieser Weltfriede verwirklicht werden soll. Und wenn man die Rede des englischen Premiers nach dieser Richtung hin durchforscht, dann findet sich nur ein einziges Mittel, auf das sich Lloyd George zur Verwirklichung seiner Weltfriedensidee zu bestimmen weiß; dieses Mittel besteht in den internationalen Konferenzen. „Wer den Frieden erhebt, muß den Mut haben, den einzigen Weg zu gehen, der zum Frieden führt, und muß an den Wert offener Erörterungen glauben.“ Es ist also gedanklich ungeklärt das selbe, was vor drei Jahren Eraberger anempfahl. Er und Lloyd George wollten sich zwei Stunden an einen Tisch setzen, und die Grundlagen des Weltfriedens wären fertig. Der Irrtum dieser Theorie hat sich in den Nachkriegsjahren gründlich genug offenbart, als daß man ihn nochmals besonders darzustellen müßte. Konferenzen haben gewiß ihren Wert, wenn sie von Räumern abgehalten werden,